

tiefer angelegt. Der „Vorwärts“ überschrieb sein Referat mit dem Titel: „Der freie Mensch und die Gesellschaft“. Arndt ging es vor allem darum, nachzuweisen, daß die SPD keine Weltanschauungspartei sein soll und will, daß sie aber bestimmte Grundwahrheiten zum Ausgangspunkt ihrer Programmatik machen muß. Er beleuchtete in diesem Zusammenhang einige dieser Grundwahrheiten, die für den Aufbau der Gesellschaft von Bedeutung sind und denen er die Kraft zuschreibt, aus der Bevölkerung eine Gesinnungsgemeinschaft zu machen. „Die Sozialdemokratie kann auch keine Partei bloßer Zweckmäßigkeit oder leeren Machtstrebens sein, sondern sie muß ihren Sinn in der Gemeinsamkeit politischer Überzeugungen als eine Gesinnungsgemeinschaft finden, die sich in ihren Zielen auf die Wahrheit und die Wirklichkeit bestimmter Werte gründet, weil eine Verleugnung dieser Werte das Gelingen einer Gesellschaftsstruktur und einer Kulturstaatlichkeit unmöglich macht. Es genügt nicht mehr, als solche Werte namentlich Freiheit und Gerechtigkeit zu nennen, seit diese Worte leere Formeln und Tarnbegriffe werden. Erforderlich wird sein, den für den demokratischen Sozialismus kennzeichnenden Freiheitsbegriff zu entwickeln und genauer zu sagen, wie die Freiheitlichkeit ist, die eine Gesellschaft und ihren Staat sozialistisch prägt“ (Vorwärts, 30. 5. 58). Damit grenzt er wie von Knoeringen den Sozialismus ab von dem Relativitäts-„glauben“ des dialektischen Materialismus, und er stärkt die Position jener, die glauben, das Menschenbild des Sozialismus gegenüber der verführten Menschheit von heute durchsetzen zu müssen. Ihm, wie auch Carlo Schmid (in seinem Beitrag zu der Programmdiskussion) scheint es wichtig, nachzuweisen, einmal, daß der Mensch zu sich selbst kommen muß, und zum anderen, wie dies zu leisten ist, wobei es für alle Redner in Stuttgart selbstverständlich schien, daß der Mensch, der zu sich selber kommt, auch zur SPD kommt. Dieses insulare Selbstbewußtsein hat die Partei innerlich gestrafft, aber auch von der Gesellschaft getrennt.

Insgesamt leuchtet aus diesen Vorstellungen klar auf, daß sich die SPD mit ihrer Auffassung über ein neues Grundsatzzprogramm unmögliche Aufgaben stellt. Sie will den „wirklichen“ Menschen definieren. Sie will beweisen, daß dieser ein sozialistischer Mensch sein wird, sie will den Weg hierfür aufzeigen und die politisch notwendigen Schritte finden und erklären. Nach Stuttgart bleibt der Eindruck, daß die SPD zwar eine Vergangenheit und auch eine Vision auf die Zukunft hat (wobei die Frage nach der Richtigkeit dieser Vision außer acht bleiben soll), daß sie aber keinen Standort im Kraftfeld der Gegenwart gefunden hat. Und gerade deshalb wird ihr für die Verwirklichung ihrer Zukunftsvision kaum eine Chance gegeben werden. Die Einsicht hierfür — und die Möglichkeit zu einer Änderung — mindert die SPD im gleichen Maße, in dem sie ihre missionarischen Vorstellungen dieser Gegenwart und der Gesellschaft gegenüber forciert.

Diese Störung gegenüber der heutigen Gesellschaft (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 275 ff.) hat nicht nur das Programm und seine Begründung bestimmt, sondern führt auch in den politischen Gegenwartsfragen zu einer krampfhaften Suche nach dem „Dritten Weg“. Dieser „Dritte Weg“ ist der Versuch, aus den heute gestellten Alternativen herauszukommen. Mit anderen Worten: Die SPD unternimmt es, die Entschlußunfähigkeit in den

„gigantischen Versuch“ einer Totalreform des Menschen und der Gesellschaft umzudeuten, um die Unfähigkeit wie einen Entschluß erscheinen zu lassen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (21. 5. 58) berichtet, betonte Wehner in seiner Rede, daß eine weitgehende Veränderung der sozialistischen Struktur die beste Weise sei, dem Kommunismus zu begegnen. Man müßte die Bundesregierung drängen, in dem Streben einer innerdeutschen Entspannung an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen. Man müßte alle nötigen Besprechungen mit den Behörden in der Zone führen, um die Lage der Deutschen in der Zone zu verbessern. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ überschreibt diesen Artikel bezeichnenderweise: „Durch Wiedervereinigung zum Sozialismus“.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (21. 5. 58) kommentiert diese Vorgänge mit folgenden Worten: „Wehner, unzweifelhaft eine der stärksten Persönlichkeiten der Partei, hat sich heute morgen mit einem außenpolitischen Grundsatzerferat empfohlen, das einer schwierigen Gratwanderung auf der brüchigen Kante der Koexistenzpolitik gleichkam. Er hielt zwar an der Verantwortlichkeit der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands fest, ging aber in seiner Forderung nach ‚Fühlungnahme mit den Behörden der Sowjetzone‘ unter brausendem Applaus der Versammlung hart an die Grenze dessen, was unter dem Titel ‚Gespräch mit Pankow‘ bisher allen Parteien der Bundesrepublik unannehmbar schien. Er macht kein Hehl daraus, daß er den Kompromiß zwischen freier Wirtschaft und östlichem Sozialismus für möglich hält. Wehner sucht die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf die Ebene einer innerdeutschen Koexistenzpolitik zu verlagern. Er meinte, sich auf demokratische Weise mit dem Kommunismus auseinandersetzen heiße entsprechende sozialpolitische Strukturveränderungen vornehmen: das sei weit besser als die außenpolitische Konfrontation mit der bolschewistischen Ideologie. Der Gedanke an das Beispiel von Prag scheint in solchen Gedankengängen überhaupt keine Rolle mehr zu spielen, und der machtpolitische Weltbeherrschungsanspruch der bolschewistischen Vormacht wird mit einer polemischen Handbewegung gegen die ‚kalten Krieger‘ unter den Tisch gewischt.“

Mit dem Versuch, jenen Weg zwischen allen gegebenen Notwendigkeiten zu suchen, hat sich die Sozialdemokratie von der Gegenwart und damit letztlich von der Politik dispensiert und die „Erziehung des Menschengeschlechts“ zum Programmpunkt erhoben. Es mag auf diesem Weg noch mehrere geben, die dann Trost bei Lessing zu holen genötigt sind.

Der Weltkommunismus in Zahlen

Die englische Zeitschrift „The World Today“ (London, Mai 1958) und die verdienstvollen „Ost-Probleme“ (Bad Godesberg, Nr. 13, 20. 6. 58), deren mögliche Einstellung zu bedauern wäre, veröffentlichten an Hand von Wahlergebnissen, parteiamtlichen Angaben und sachverständigen Schätzungen eine eindrucksvolle Bilanz über den quantitativen Stand des internationalen Kommunismus heute. Wir fassen diese Ergebnisse zusammen (vgl. Soziographische Beilage Nr. 4, Herder-Korrespondenz 10. Jhg., nach S. 176).

Es gibt im Jahr 1958 — ebenso wie 1935 — insgesamt 76 nationale kommunistische Parteien. 64 von diesen unter-

zeichneten im November 1957 in Moskau das „Friedensmanifest“ der „kommunistischen und Arbeiterparteien“, und zwar die 13 Parteien des kommunistischen Blocks, 18 amerikanische, 17 westeuropäische, 11 asiatische, 2 australische und die 3 afrikanischen von Algerien, Marokko und Tunis. Wenn die übrigen Parteien fehlten, lag das zum Teil an taktischen Erwägungen (etwa Ägypten und Burma), zum Teil an der geradezu lächerlichen Unbedeutendheit (Irland), zum Teil an der wirksamen Zerschlagung der Parteiorganisation (Iran, Philippinen, Südafrikanische Union).

Zwischen Macht und Untergrund

Von den kommunistischen Parteien befinden sich 13 an der Macht, nämlich in den Ländern des sowjetischen Satellitenblocks samt China und Jugoslawien. Sie kontrollieren zusammen 26 % der Erdbodenoberfläche und 35 % der Weltbevölkerung.

Die übrigen 63 kommunistischen Parteien zerfallen je nach ihrer Rechtsstellung in der Legalität oder Illegalität in zwei etwa gleich große (freilich nicht gleich gewichtige) Gruppen. Nach den Angaben der sowjetischen Zeitschrift „Partijnaja shisnj“ (Nr. 14, 1957) ist die jeweilige KP in über 30 Ländern verboten, und zwar innerhalb Westeuropas in der Bundesrepublik Deutschland, in Spanien, Portugal und Griechenland, im ganzen Nahen Osten mit Ausnahme von Israel und einer Halblegalität im Libanon, sowie in Lateinamerika außer in Uruguay und Ecuador und einer Halblegalität in Mexiko und Argentinien. Die Gesamtmitgliederzahl aller kommunistischen Parteien wurde in der zweiten Jahreshälfte 1957 offiziell mehrfach mit „über 33 Millionen“ angegeben, verglichen mit:

1928 — 1 676 000 1939 — 4 200 000
1935 — 3 141 000 1945 — „über 20 Millionen“.

An erster Stelle rangiert die KP Chinas mit gegenwärtig rund 12 Millionen Mitgliedern (1927: 60 000, 1945: 1,2 Mill.), gefolgt von der KPdSU mit etwa 8 Millionen. In der Freien Welt konzentriert sich die KP-Gefolgschaft zu 80 % auf die vier Länder in der Reihenfolge Italien-Indonesien-Frankreich-Indien. Noch höhere Stimmanteile fanden sich freilich in den kleinen französischen Übersee-Departements Martinique (61 %), Guadeloupe (45 %) sowie in Britisch-Guayana (48 %). In allen übrigen Ländern entschuldigt die KP ihre Einflußlosigkeit mit polizeilicher Verfolgung und dadurch bedingtem Verlust des „Kontakts mit den Massen“.

Globale Umschichtungen

Bemerkenswert ist zunächst, daß die Zahl der kommunistischen Mitglieder allen Wechselfällen des Kalten Krieges und dem Ungarnaufstand zum Trotz in der Freien Welt insgesamt unverändert blieb: sie beläuft sich seit 1947 auf 3 bis 4 Millionen.

Diese Konstanz wurde freilich nur dadurch erzielt, daß sich außerordentlich starke Abwanderungen und Zugänge global die Waage hielten. In Westeuropa ist die Zahl der Kommunisten seit 1947 von rund vier Millionen auf etwa zwei Millionen, d. h. auf die Hälfte abgesunken. Der Mitgliederschwund verlief von 1947 bis 1950 ziemlich rapide, verlangsamte sich dann bis 1956, um sich nach der Entstalinisierung und den Ereignissen in Polen und Ungarn wieder wesentlich zu beschleunigen. Die folgende

Tabelle gibt die Mitgliederzahlen für 1947 und 1957 sowie die kommunistischen Stimmanteile bei den jeweils letzten Parlamentswahlen an.

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|---------------------------------|-----------|-----------|---------------------------------|
| Belgien | 100 000 | 12 000 | 1,9 % (1958) |
| Dänemark | 25 000 | 12 000 | 3,1 % (1957) |
| Deutschland (Bundesrepublik) | 300 000 | 50 000 | (2,2 % [1953]) 1956 verboten |
| Finnland | 45 000 | 30 000 | 23,2 % (1958) |
| Frankreich | 800 000 | 300 000 | 25,6 % (1956) |
| Griechenland | 50 000 | 20 000 | 24,4 % (1958) |
| Großbritannien | 40 000 | 27 000 | 0,1 % (1955) |
| Irland | 150 | 100 | 0 (1957) |
| Island | 1 200 | 900 | 19,2 % (1956) |
| Italien | 2 250 000 | 1 500 000 | 22,7 % (1958) |
| Luxemburg | 1 500 | 500 | 8,9 % (1954) |
| Niederlande | 50 000 | 15 000 | 4,8 % (1956) |
| Norwegen | 30 000 | 6 000 | 3,4 % (1957) |
| Österreich | 100 000 | 50 000 | 4,4 % (1956) |
| Portugal | 3 000 | 3 000 | Verboten |
| Schweden | 50 000 | 25 000 | 3,4 % (1958) |
| Schweiz | 12 000 | 6 000 | 2,3 % (1955) |
| Spanien | 5 000 | 5 000 | Verboten |

Außerordentlich unterschiedlich und keineswegs immer parallel zum Mitgliederschwund verlief die Entwicklung der Wählerstimmen für die KP von den ersten Nachkriegswahlen bis zu den jüngst zurückliegenden (und in der vorausgegangenen Tabelle verzeichneten) Parlamentswahlen. In einigen Ländern sind diese Stimmzahlen von Wahl zu Wahl zurückgegangen und betrogen bei der letzten Wahl in Prozent der Stimmen der ersten Nachkriegswahl:

Belgien 15 %, Dänemark und Großbritannien 25 %, Norwegen 31 %, Schweden 33 %, Niederlande und Schweiz 45 %, Luxemburg 65 %.

Gerade in den Ländern aber, wo die KP traditionell stark ist, blieb ihr in diesen zehn oder zwölf Jahren ein überraschend stabiler Wählerstamm treu:

Finnland 89 %, Frankreich 90 %, Island 98 %.

In drei mitteleuropäischen Ländern schließlich haben die Wählerstimmen sogar zugenommen:

Italien 120 %, Österreich 130 %, Griechenland (trotz formellem Verbot schon seit 1947, vor der ersten Nachkriegswahl) 250 %.

Der Nahe Osten

Selbst die massive sowjetische Nahostpolitik der letzten Jahre konnte nach Meinung der „Ost-Probleme“ die Verluste noch nicht wieder wettmachen, die der Kommunismus in diesen Ländern seit 1947 erlitten hat — mit zwei Ausnahmen freilich: Libanon und vor allem Syrien. Wir setzen die Tabelle nach dem gleichen Schema fort, wobei allerdings im folgenden jene Länder ausgelassen sind, in denen die KP (als Partei) eine „quantité négligeable“ darstellt.

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|---------|------------|---------|------------------|
| Ägypten | 600 | 5 000 | Formell verboten |
| Iran | 30 000 | 8 000 | Verboten |
| Israel | 15 000 | 2 000 | 5 % (1955) |
| Libanon | 7 000 | 8 000 | Formell verboten |
| Syrien | 8 000 | 15 000 | Formell verboten |
| Türkei | 4 000 | 3 000 | Streng verboten |
| Zypern | ca. 15 000 | 4 500 | Verboten (1955) |

Obwohl die KP nur in Israel völlig legal arbeiten kann, betont die schon zitierte sowjetische Zeitschrift „Partei-leben“ (die es sicher wissen muß), daß kommunistische Organisationen „in allen Ländern dieses Raumes“ aktiv

sind. Die vorstehenden Zahlenangaben der „Ost-Probleme“, die sich wohl im wesentlichen auf Mitteilungen staatlicher Seite stützen und von anderen Fachleuten als zu optimistisch bewertet werden, spiegeln nicht die wahre Bedrohung des Nahen Ostens durch den Kommunismus (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 529 ff.).

Afrika

Afrika war bisher der schlechteste Nährboden für den Kommunismus und ist dies — ungeachtet aller revolutionären Umwälzungen und des Elends etwa der Verstädterung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 407 ff.) — auch geblieben. Ja, einige beherrschende Stellungen, die von einzelstehenden Kommunisten etwa in der Demokratisch-Afrikanischen Sammlung (RDA) oder in Gewerkschaften Algeriens oder des Sudans eingenommen worden waren, gingen in den letzten Jahren wieder für den Kommunismus verloren. In den meisten afrikanischen Staaten existiert keine kommunistische Partei, und die kommunistische Tätigkeit ist zahlenmäßig nicht faßbar. Von größerem Einfluß sind Kommunisten heute nur in den CGT-Gewerkschaften Französisch-Westafrikas, Kameruns und Madagaskars; außerdem treibt die Apartheidpolitik der Südafrikanischen Union wachsende Scharen von verbitterten Schwarzen in die Hände einer sehr geschickt arbeitenden kommunistischen Kadergruppe.

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|-----------------|---------|-------------|------------------|
| Algerien | 15 000 | 10 000 | Verboten |
| Marokko | 20 000 | unter 1 000 | Formell verboten |
| Südafrik. Union | 1 500 | 2 000 | Formell verboten |
| Sudan | ? | 750 | 1 Sitz (1958) |
| Tunesien | 15 000 | 500 | 1 % (1956) |

Australien und Kanada

Der gleiche Rückgang wie in der übrigen westlichen Welt ist auch für Kanada, Australien und Neuseeland festzustellen. Australien und Kanada haben insofern Gemeinsamkeiten, als eine praktisch bedeutungslose KP immerhin einflußreiche Positionen in den Gewerkschaften innehat (etwa 4 von 16 Sitzen im australischen Zentralvorstand).

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|------------|---------|---------|----------------------|
| Australien | 15 000 | 5 500 | 3,6 % / 1,2 % (1955) |
| Neuseeland | 1 000 | 400 | 0,05 % (1957) |
| Kanada | 23 000 | 6 000 | Minimal (1958) |

Lateinamerika

Wesentlich unterschiedlicher verlief die Entwicklung in den einzelnen Staaten Lateinamerikas, wobei für Einzelheiten und zum Vergleich auf unsere früheren Berichte verwiesen sei (9. Jhg., S. 42 und 378). In den meisten Ländern sind seit 1947 starke Einbußen zu verzeichnen, wobei die politischen Ereignisse von 1956/57 vielfach zu schweren parteiinternen Auseinandersetzungen führten: so in Brasilien, das bis vor kurzem noch die stärkste KP Amerikas hatte, aber auch in Bolivien, Paraguay und Uruguay. Mangelnde Organisationsbasis wird vielfach durch ungeheueren Propagandaaufwand verdeckt (Extremfall Mexiko, aber auch Brasilien, Chile, Venezuela). In einer Reihe von Ländern hat der Kommunismus unabhängig von äußerer Organisation seinen Rückhalt in Intellektuellen- und Studentenkreisen (Argentinien, Ecuador, El Salvador, Mexiko, Paraguay, Venezuela), in anderen konzentriert er sich ganz auf die Wählerarbeit

unter den Arbeitern. Erstarkt ist die KP nur in Argentinien, wo sie ihre ganze Kraft in den Gewerkschaften einsetzt und das Erbe des Peronismus antreten möchte.

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|------------------|---------|---------|--------------------------------------|
| Argentinien | 30 000 | 90 000 | 3 % (1958) |
| Bolivien | gering | 5 000 | 1,6 % (1956) |
| Brasilien | 150 000 | 50 000 | Formell verboten |
| Chile | 50 000 | 25 000 | Formell verboten |
| Costa Rica | 3 000 | 300 | Streng verboten |
| Ecuador | 2 500 | 1 000 | Volksfrontopposition mit 37 % (1958) |
| Guadeloupe | 3 000 | 3 000 | 45 % (1956) |
| Guatemala | gering | 1 000 | Verboten |
| Britisch-Guayana | gering | 3 000 | 48 % (1957) |
| Kolumbien | 5 000 | 5 000 | Formell verboten |
| Kuba | 50 000 | 12 000 | Streng verboten |
| Martinique | 4 000 | 3 000 | 61 % (1956) |
| Mexiko | 10 000 | 5 000 | Getarnt |
| Paraguay | 8 000 | 500 | Verboten |
| Perú | 30 000 | 6 000 | Formell verboten |
| Uruguay | 15 000 | 3 000 | 2,2 % (1954) |
| Venezuela | 20 000 | 9 000 | Wieder legal (1958) |

Die außerordentlichen Erfolge der Kommunisten in den drei aufgeführten französischen und englischen Besitzungen Westindiens sind der Ausdruck rassistisch-wirtschaftlicher Gruppierungen um bedeutende Eingeborenenführer: um Aimé Césaire (der 1956 aus der KP ausgetreten ist und seitdem die Mehrzahl der Wähler der KP abspenstig gemacht hat) und um das Ehepaar Dr. Jagan in Guayana, die vor allem die ostindischen Landarbeiter hinter sich haben.

Bedrohung in Asien

Die bisher aufgewiesenen Einbußen an kommunistischer Anhängerschaft wurden wettgemacht durch das außerordentliche Anwachsen in Südasien und im Fernen Osten. Die KP *Indonesiens* hat sich sprunghaft vergrößert und beherrscht trotz Nichtbeteiligung an der Regierung durch ihre Frontorganisationen, vor allem den größten Gewerkschaftsbund, praktisch das öffentliche Leben (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 3 und 5; ds. Jhg., S. 217 ff.). In *Indien* ist die KP bei den Wahlen von 1957 im Bundeparlament und in den Landesparlamenten von Westbengalen und Andhra die stärkste Oppositionsgruppe geworden und hat in Kerala die Regierungsgewalt übernommen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 366 ff., und ds. Jhg., S. 461 ff.). In *Japan* hat die KP ihre Hochburgen in den Großstädten errichtet, wo sie bei den kürzlichen Wahlen vielfach vor allen anderen Parteien die relative Mehrheit erzielte; trotz lautstarker Umschaltung auf „legitime Friedensarbeit“ spricht alles dafür, daß sie nach wie vor einen starken Untergrundapparat unterhält.

| | KP 1947 | KP 1957 | Wahlstimmen |
|-------------|-----------|-----------|-------------------------------------|
| Burma | 6 000 | ca. 8 000 | Volksfront 43 von 250 Sitzen (1956) |
| Ceylon | 700 | 2 500 | Volksfront 19,5 % (1956) |
| Indien | 75 000 | 125 000 | 8,9 % (1957) |
| Indonesien | ? | 1 050 000 | 8 Millionen (1957) |
| Japan | 18 000 | 80 000 | 2,6 % (1958) |
| Malaya | ? | 5 000 | Verboten |
| Nepal | gering | 3 500 | Bisher keine Wahlen |
| Pakistan | gering | ca. 3 000 | Verboten, getarnt |
| Philippinen | ca. 2 000 | ca. 1 000 | Streng verboten |
| Thailand | ca. 5 000 | ca. 5 000 | Verboten, Untergrund |

Auch im ganzen übrigen Asien (mit Ausnahme vielleicht der Philippinen, Südkoreas und vorläufig noch Afghanistans) hat der Kommunismus beträchtliche Fortschritte

erzielt. In den zahlreichen Ländern mit starken chinesischen Auswanderergruppen (in erster Linie Malaya, Burma, Thailand) bilden meist diese die kommunistische Kaderführung, wozu sie von Rotchina aus unter massiven Druck gesetzt werden.

Die KP Indonesiens ist auf dem besten Wege, die italienische KP zu überflügeln, die sich bisher stets rühmen konnte, die größte kommunistische Partei außerhalb des Sowjetblocks zu sein. Die KP Indiens, 1947 noch an 7. Stelle, ist hinter Italien, Indonesien und Frankreich an die 4. Stelle gerückt, die KP Japans von der 24. an die 6. Entsprechend rangieren Indonesien, Indien und Japan jetzt in der Moskauer Bewertung und in der Stufenleiter der Delegationsaufmärsche, wie sie zuletzt bei der Jubiläumssitzung des Obersten Sowjets der UdSSR beobachtet werden konnte. Der Weltkommunismus scheint seine Partei- und Untergrundarbeit derzeit auf Asien zu konzentrieren, ohne freilich dabei die übrigen Kontinente zu vernachlässigen.

Der Aussagewert einer KP-Statistik

Es ist ohne weiteres einsichtig, daß die KP-Mitgliederzahlen für sich allein noch sehr wenig aussagen über die Tätigkeit, die Bedeutung und die Gefährlichkeit des Kommunismus in einem Staat. Nicht zufällig ist Dialektik der Kernpunkt der kommunistischen Philosophie, und nicht zufällig diktiert die Moskauer Taktik fast vollständig den Ablauf der gegenwärtigen Weltpolitik. Die kommunistische Machtergreifung im Satellitenraum erfolgte durchaus nicht auf der Basis quantitativer Mehrheiten, und die Vorfälle in Persien 1951 und Guatemala 1954 haben gezeigt, was „unbedeutende“ kommunistische Minderheiten selbst ohne die Deckung durch sowjetische Bajonette ausrichten können. Bei den dargebotenen Statistiken ging es auch weniger um absolute, statische Zahlen als vielmehr um die globalen Entwicklungen, die sich im Weltkommunismus im letzten Jahrzehnt vollzogen haben.

Die kommunistischen Parteien (oder genauer gesagt: Parteifilialen) gleichen dabei von Land zu Land ihre Tätigkeit und ihre Strategie mit außerordentlicher Geschicklichkeit den nationalen Gegebenheiten an, so daß durchaus in einem Staat das die Generallinie darstellt, was in einem anderen Staat feierlich verurteilt und als „Revisionismus“, „partei feindlich“ und „Bojkott des sozialistischen Weltlagers“ erklärt wurde.

Volksfront . . .

Im allgemeinen wurde auf dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 der parlamentarisch-legale Weg zur Macht empfohlen. Am ausgeprägtesten kann man diese Taktik gegenwärtig in Indien verfolgen, wo die KP formell Nehrus Fünfjahrplan und Nehrus Außenpolitik unterstützt und immer wieder ihre Verfassungsloyalität betont. Ihr offen erklärtes Ziel ist für die nächsten allgemeinen Wahlen die Bildung einer Volksfront „aller fortschrittlichen Elemente und Parteien“. Auch in vielen anderen Ländern haben sich Volksfronttendenzen herausgebildet, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. In Syrien kandidierte die (formell verbotene) KP mit auf der Liste der „Arabischen Sozialistischen Erneuerungspartei“ und gelangte so ins Parlament. In der Südafrikanischen Union wurde die farbige Opposition in einer kommunistisch geführten „Volkskongreß“-Bewegung zusammengefaßt. In Pakistan spielt die KP auf der

Klavatur von Jugendgruppen und rassistisch bedingten Splitterparteien. In Ceylon unterstützt die KP die sozialistische Regierung Bandaranaike, um sie dabei auf einen radikaleren Kurs zu drängen. In Nepal bemüht sich die KP um Beteiligung an den häufig wechselnden Kabinetten des Königs. In Japan heißt die Losung: „Frieden und Unabhängigkeit für Japan durch legitime politische Aktionen.“ In Argentinien empfahl die KP ihren Wählern die Stimmabgabe für Frondizi. In Chile wird sich bei den Präsidentschaftswahlen im September 1958 zeigen, welche weiteren Erfolge die „Volksaktionsfront“ erringen kann. In Ecuador soll die KP 1956 bei den Präsidentschaftswahlen die „Nationaldemokratische Front“ unterstützt haben, aus der die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen sind; seither bemüht sie sich Hand in Hand mit den Sozialisten um einen oppositionellen Linksblock, der bei den kürzlichen Wahlen (1958) bereits 37% der Stimmen errang.

In zwei Ländern, in denen die KP an sich schwach ist (nämlich in Pakistan und in der Südafrikanischen Union), übt sie durch bedeutende Presseorgane einen wesentlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus; ähnliches gelingt ihr in Chile und Brasilien. In diesem Zusammenhang ist gleichfalls interessant, daß die Sowjetunion, solange es in ihre Taktik paßt, auch ungeniert trotzkistische Parteigruppen für sich arbeiten läßt oder sogar unterstützt: Indonesien, Indien, Ceylon, Burma, Bolivien, Sudan.

. . . Untergrundarbeit

In Ländern, wo die KP mehr oder weniger formell verboten ist, hat sie sich mehr oder weniger getarnte *Frontorganisationen* geschaffen, die in legalem Rahmen die KP-Arbeit verrichten können: Griechenland („Vereinigte Demokratische Linke“ = EDA, 1958 24,4% Wahlstimmen und 78 Sitze), Finnland (trotz erneuter Legalität „Volksdemokratische Union“ = SKDL, 1958 23,2% Wahlstimmen), Libanon („Friedenskämpfer“ u. a.), Sudan („Antiimperialistische Front“), Guatemala („Revolutionspartei“), Kolumbien („Nationale Front der Arbeiter und Intellektuellen“). (Vgl. den globalen Aufbau der kommunistischen „Zweiten Front“, Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 80 ff.)

In allen Ländern, und zwar gerade auch in jenen, in denen der Kommunismus noch schwach ist, versuchen kommunistische Kadergruppen die *Gewerkschaften* zu unterwandern. Nicht unbeträchtliche Erfolge können die Kommunisten dabei noch oder wiederum in folgenden Ländern aufweisen: Belgien, Luxemburg, Niederlande, Skandinavien, Zypern, Algerien und übriges Französisch-Afrika, Ghana, Kanada, Argentinien, Bolivien, Chile, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Peru, Uruguay, Venezuela, Französisch- und Britisch-Westindien, Australien, Indonesien.

Daß es für die Kadres und Spitzenkräfte des Kommunismus keine nationalen Grenzen gibt, versteht sich von selbst; so arbeiten zahlreiche französische Kommunisten in Afrika und die Elite der spanischen Kommunisten (die in der Moskauer Rangordnung nach wie vor zur ersten Garnitur zählen) in Lateinamerika. Von den Auslandschinesen war bereits die Rede.

. . . oder Bürgerkrieg

Die Empfehlung des XX. Parteitages zu parlamentarischen Methoden war keine einseitige Entscheidung. Aus-

drücklich wurde die taktische Elastizität zum Hauptgrundsatz der Parteilinie erklärt; verfassungsmäßige und gewaltsame Methoden seien wahlweise anzuwenden, wobei das Kriterium die Stärke der jeweiligen Gegner und die Aussicht auf Erfolg darstelle.

Daß es die Kommunisten auch durchaus „anders“ können, zeigt sich gegenwärtig in drei Ländern: in *Burma*, wo kommunistische Guerillabanden bis in die unmittelbare Umgebung der Hauptstadt Dörfer terrorisieren und durch Sabotageakte die Wirtschaft lähmen; in *Malaya*, wo die „Befreiungsarmee der Völker Malayas“ (MRLA) den Bürgerkrieg im Dschungel aufrechterhält und von einer chinesischen Hilfsorganisation systematisch versorgt wird; auf den *Philippinen*, wo die kommunistisch gelenkte „Hukbalahap“-Rebellion allerdings bereits in die Berge von Zentralluzón zurückgedrängt werden konnte.

Abschließend bleibt natürlich die Frage, welche Beweggründe heute noch Menschen in die Arme des Kommunismus treiben. Man mag plausible Gründe finden, wenn es

sich um Entwicklungsländer handelt, die feudal und vielleicht noch korrupt regiert werden, wo es keine befriedigende Sozialpolitik gibt, wo der Kommunismus die einzige angebotene Ideologie darstellt und mit noch nicht widerlegten Versprechungen aufwarten kann. Aber da sind Frankreich, Italien, Griechenland, Finnland, Island, wo der Kommunismus allen weltpolitischen Ernüchterungen zum Trotz seine Stimmzahlen halten oder sogar noch steigern konnte und wo die Frage nach den Ursachen und Motiven bisher letztlich unbeantwortet blieb. Das einzige, was man dazu sagen kann, ist dies: Der Zweifel an der modernen Demokratie, der modernen Gesellschafts- und Staatsordnung scheint bei Millionen von Menschen tiefer zu reichen als die Unglaubwürdigkeit des Kommunismus. Nur wo die Kirche noch einen integrierenden Faktor bildet, bleibt Schlimmeres verhütet. (Vgl. „Die Katholiken und das Ende der Vierten Republik“, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 523 ff.)

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BACHT, Heinrich, SJ. *Die Rolle der Tradition in der Kanonbildung*. In: *Catholica* Jhg. 12 Heft 1 (1958) S. 16—37.

Eine Auseinandersetzung mit der protestantischen Theologie, die sich zum Thema Tradition als Glaubensquelle zu Wort gemeldet hat, aus der man aber nicht mehr herauslesen dürfte als eine Bereitschaft, mit dem katholischen Partner ins Gespräch zu kommen, besonders erkennbar an den einschlägigen Arbeiten von Oscar Cullmann, die Bacht analysiert und widerlegt, zumal da dieser auch die Frage nach dem Lehramt ins Spiel bringt.

BAUER, Joh. Bapt. *Monstra te esse matrem, Virgo singularis*. In: *Münchener Theologische Zeitschrift* Jhg. 9 Heft 2 (1958) S. 124—135.

Mit überzeugenden Gründen vertritt der Beitrag eine Exegese von Luk. 1, 34, die auf einen im Text in keiner Weise begründeten spekulativen Beweis aus der Dezenz verzichtet, wonach Maria im Dienste eines anachronistischen Jungfräulichkeitsideals einen Jungfräulichkeitsvorsatz gefaßt habe, statt mit Schmaus, Guardini und Hillmann den gesunden Weg einer Anerkennung der Mutterschaft Marias zu gehen.

GERADON, Bernard de, OSB. *L'homme à l'image de Dieu. Approche nouvelle à la lumière de l'anthropologie du sens commun*. In: *Nouvelle Revue Théologique* Jhg. 90 Nr. 7 (Juli/August 1958) S. 683—695.

Die Aussage der Genesis, daß Gott den Menschen nach seinem Bilde geschaffen habe, wird viel leichter verständlich, wenn man sie auf das Menschenbild des Alten Testaments, des semitischen Denkens bezieht. Der Verfasser weist die Merkmale des Menschen nach dieser alten Anthropologie auf: er hat Herz, Gesicht und Gehör und die Sprache, d. h., er denkt, spricht und handelt: ein dynamisches Menschenbild, kein statisches wie das des griechischen Denkens. Ebenso Gott: schon bei der Schöpfung und seither immer spricht er, schafft er und denkt er. In diesem seinem Wesen ist schon die Trinität zu ahnen. Geradeso ist der Mensch und seine Ähnlichkeit mit Gott auch dem einfachen Menschenverstand begreiflich.

KEMPF, Friedrich, SJ. *Die katholische Lehre von der Gewalt der Kirche über das Zeitliche in ihrer geschichtlichen Entwicklung seit dem Investiturstreit*. In: *Catholica* Jhg. 12 Heft 1 (1958) S. 50—66.

Dieses Referat vor der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten“ zum Genfer Studententema „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi“ klärt von den bekannten Veröffentlichungen des römischen Papsthistorikers her die geschichtliche Bedingtheit der Lehre von der potestas directa des Papstes, die in ihrer Bedeutung weit überschätzt worden sei. Bei aller Kritik an ihren Übertreibungen wird jedoch festgehalten, daß „die Offenheit jeder menschlichen Gewalt gegenüber der kirchlichen Autorität, die das göttliche Gesetz... verbindlich auslegt und den Widerstand der zur Kirche Gehörigen mit Einsatz kirchlicher Strafen begegnen darf, ein Grundpfeiler katholischer Staatslehre ist“. Daraus folge nicht, daß die Kirche heute dieselben Rechte geltend machen könne wie im Mittelalter. Auch die Lehren der Neuzeit, besonders Bellarmins, werden kritisch gewürdigt. Die Anpassung der katholischen Staatslehre an die Gegenwart stehe leider noch am Anfang.

MAERTENS, Thierry. *Histoire de l'Offertoire au service de sa pastorale*. In: *Paroisse et Liturgie* Jhg. 40 Nr. 2 (März 1958) S. 114—136.

Die Geschichte dessen, was heute in der Messe das Offertorium ist, von den ersten christlichen Zeiten an. Herbeitragen der Gaben zum Liebesmahl, dann zum Opfer Eucharistie: der besondere Ritus (seit dem 3. Jh.) betont den Zusammenhang zwischen Eucharistie und Liebeshaltung der Gläubigen. Später wird der Ritus feierlich gestaltet durch die Prozession, zu deren Begleitung antiphonierte Texte gesungen werden, die ein Priestergebet zusammenfaßt (die heutige Sekret). Doch das Mittelalter klerikalisiert diesen Meßteil und nimmt ihm damit seine symbolische Kraft. Umgewandelt erhalten bleibt die Opfergabe (Geldspende) und die „Intentionen“. Die Pastoral kann aus der Geschichte Anstoß zu neuer Verlebendigung gewinnen (z. B. auch durch Erneuerung des lauten Betens der Sekret).

RAHNER, Karl, SJ. *Zur Theologie der Menschwerdung*. In: *Catholica* Jhg. 12 Heft 1 (1958) S. 1—16.

Die neue, vom J. A. Möhler-Institut, Paderborn, herausgegebene Vierteljahrschrift für Kontroverstheologie (Herausgeberkollegium Heinrich Bacht SJ, Heinrich Fries, Robert Grosche, Gottlieb Söhngen, Eduard Starkemeier, Hermann Volk, Schriftleitung A. Brandenburg) gibt mit dem ersten Beitrag gleichsam einen programmatischen Ansatz, der zwei Geheimnisse angeht: daß der Logos *Mensch* wurde und was das undefinierte Geheimnis „Mensch“ sei, 2. daß er es in der Zeit *geworden* ist und was es für den einzelnen Menschen bedeutet, daß er selber seine Menschheit annimmt, die Gott schon angenommen hat.

ROTH, J., CSSR. *La Tradition sacerdotale dans le Pentateuque*. In: *Nouvelle Revue Théologique* Jhg. 90 Nr. 7 (Juli bis August 1958) S. 696—721.

Der Aufsatz weist die tiefgründige Theologie auf, die sich im Pentateuch in jeder Tradition findet, die man den „Priesterkodex“ nennt und die keineswegs nur eine Sammlung von Gesetzen und Riten im Anschluß an Erzählungen darstellt. Hier ist Gott der Einzige, Transzendente, Schaffende, Sich-Offenbarende, der den Bund schließt, und zwar im Hinblick auf alle Menschen. Der Bund bewirkt, daß der transzendente Gott zugleich gegenwärtig ist. Es zeigt sich, daß die Frömmigkeit des Alten Bundes in diesem priesterlichen Milieu jene doktrinaire Vertiefung erfahren hat, die sie dogmatischer, weniger moralisierend macht und auf die das Neue Testament, insbesondere Johannes aufbaut.

SCHEFFZYK, Leo. *Biblische und dogmatische Theologie*. In: *Trierer Theologische Zeitschrift* Jhg. 67 Heft 4 (1958) S. 193 bis 102.

Ohne das Problem einer kerygmatischen Theologie zu berühren, werden Eigenart und Grenzen der über reine Exegese hinausgehenden biblischen Theologie umschrieben. Weil das geschriebene Bibelwort, an welches diese gebunden bleibe, nicht die ganze Offenbarung sei (wohl inhaltlich vollständig, aber nicht vollständig expliziert), bedürfe es der Dogmatik, die erst durch die „Hinzufügung“ des philosophischen Denkens die Offenbarung auf seiten des empfangenden Menschen voll entwickelt und ihre den tiefsten Intentionen der Menschennatur entsprechende Glaubwürdigkeit beweist. Beide Disziplinen seien eine Einheit.

VOOGHT, Paul de, OSB. *Écriture et tradition d'après des études catholiques récentes*. In: *Istina* Jhg. 5 Nr. 2 (April bis Juni 1958) S. 183—196.

Zu zwei wichtigen Aufsätzen von Rupert Geiselman („Das Mißverständnis über das Verhältnis von Schrift und Tradition...“, zuerst in *Una Sancta* Jhg. 11 Heft 3, Sept. 1956, anschließend hier S. 196—214 in französischer Übersetzung abgedruckt) und Edmond Ortigues („Écritures et Traditions apostoliques au Concile de Trente“ in: *Recherches de science*